

**Einladung zur
Delegiertenversammlung
Samstag 3. Dezember 2011
Grand Casino, Luzern
Beginn 10.15 Uhr**

Wichtig: Die Delegierten erhalten mit diesem Heft eine Delegiertenkarte. Diese muss zu Beginn der Delegiertenversammlung am Eingang des Tagungsortes gegen eine Stimmkarte ausgetauscht werden. Wir erinnern die Delegierten daran, dass verlorene oder vergessene Delegiertenkarten grundsätzlich nicht ersetzt werden können.

Für Anträge bitte Adresse oder E-Mail auf Seite 6 verwenden

Bitte streicht euch folgende Termine rot in der Agenda an:

Delegiertenversammlungen und Parteitag 2012

Samstag, 31. März 2012: DV

Samstag, 23. Juni 2012: DV

Samstag/Sonntag, 3./4. November 2012: Ordentlicher Parteitag

Liebe Genossinnen und Genossen

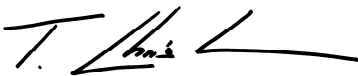
Wallis. Solothurn. Waadt. Waadt. Fribourg. Aargau. In all diesen Kantonen konnten wir einen zusätzlichen Sitz gewinnen. Fünf im Nationalrat, einen im Ständerat. Verloren haben wir einen einzigen, im Tessin. Fünf zusätzliche Sitze also, welche den sozialdemokratischen Ideen im Parlament in der kommenden Legislatur ein stärkeres Gewicht verleihen werden.

Selbstverständlich wollten wir auch in Prozenten zulegen. Das haben wir nicht geschafft. Aber im Vergleich mit den grossen Verlusten aller anderen etablierten Parteien und unseren deutlichen Sitzgewinnen, dürfen wir mit Überzeugung von erfolgreichen Wahlen sprechen. Vielen Dank allen, die in den vergangenen Wochen und Monaten in ungezählten Stunden Unterschriften gesammelt, Rosen verteilt und Gespräche geführt haben.

Gemeinsam werden wir uns weiter einsetzen. In den verschiedenen zweiten Wahlgängen für den Ständerat. Für eine weiterhin starke Vertretung der SP im Bundesrat. Und vor allem für eine Politik für alle statt für wenige, etwa mit unserem Engagement gegen sinnlose Milliardenausgaben für Kampfflugzeuge im Interesse einiger weniger – eines der zentralen Themen an der kommenden Delegiertenversammlung.

Daneben steht vor allem die Frage der Unterstützung des Managed Care-Referendums im Zentrum unserer Delegiertenversammlung in Luzern. Die Regierungsbeteiligung, die Ersatzwahl ins Präsidium oder die Parolenfassungen für die eidgenössischen Abstimmungen vom März 2012 sind weitere Themen, die für spannende Diskussionen in Luzern sorgen. Ich freue mich darauf.

Mit besten Grüßen



Thomas Christen
Generalsekretär SP Schweiz

**Provisorische Traktandenliste der Delegiertenversammlung vom
Samstag, 3. Dezember 2011 im Grand Casino Luzern
Beginn 10.15 Uhr – ca. 15.00 Uhr**

- 10.15 1. **Eröffnung und Grussworte**
Grussbotschaft von Yvonne Schärli-Gerig, Regierungsrätin Luzern
Willkommensrede Felicitas Zopfi, Präsidentin SP Kanton Luzern
- 10.45 2. **Mitteilungen**
- 10.50 3. **Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Nationalrat FR**
- 11.15 4. **Managed Care: Unterstützung des Referendums?**
Kontradiktorische Diskussion
Teilnehmende: Silvia Schenker, Nationalrätin Basel-Stadt
Priska Birrer-Heimo, Nationalrätin Luzern
- 12.00 5. **Keine neuen Kampfjets ohne Mitspracherecht!**
Präsentation: Evi Allemann, Nationalrätin Bern
Eric Voruz, Nationalrat Waadt
Verabschiedung Positionspapier
- 12.30 6. **Regierungsbeteiligung**
- 13.15 7. **Ersatzwahl Präsidium (VizepräsidentIn)**
- 13.45 8. **Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 11.März 2012**
I. Eidgenössische Volksinitiative ‚6 Wochen Ferien für alle‘
Kurzpräsentation: Josiane Aubert, Nationalrätin Waadt

II. Eidgenössische Volksinitiative ‚Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!‘
Kurzpräsentation: Beat Jans, Nationalrat Basel-Stadt
- 14.15 9. **Konzeptpräsentation SP 60+**
- 14.30 10. **Budget 2012**
- 14.45 11. **Resolutionen**
- 15.00 12. **Schluss / Apéro**

Wichtige Hinweise

DV-Unterlagen

1. DV-Heft mit Traktandenliste
2. Delegiertenkarte

Protokoll

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 1. Oktober 2011 in Biel kann im Internet unter <http://www.sp-ps.ch/index.php?id=44> eingesehen und heruntergeladen werden.

Anträge

Alle Anträge müssen bis **Dienstag, 22. November 2011, 12.00 Uhr** bei uns im Sekretariat sein.

Antragsberechtigt sind die Resolutionen der Geschäftsleitung und des Präsidiums sowie die statutarischen Geschäfte

Resolutionen

Resolutionen, müssen bis **Dienstag, 22. November 2011, 12.00 Uhr** im Zentralsekretariat eintreffen. Diese werden vom Zentralsekretariat übersetzt und an der Delegiertenversammlung als Tischvorlage aufgelegt.

Wo müssen Anträge und Resolutionen hingeschickt werden?

SP Schweiz, Delegiertenversammlung, Spitalgasse 34, Postfach, 3001 Bern

Fax: 031 329 69 70, E-Mail: dv@spschweiz.ch

Telefonische Auskunft zur DV, Miriam Dürr: 031 329 69 79

Empfehlungen der Geschäftsleitung Tischvorlage

Die Tischvorlage mit den Stellungnahmen der GL bzw. des Präsidiums zu eingegangenen Anträgen und Resolutionen wird ab **Dienstag, 29. November 2011 ab 17.00 Uhr im Internet** veröffentlicht

(www.spschweiz.ch/Partei/Delegiertenversammlung) und am Samstag, 3. Dezember 2011 den Delegierten verteilt.

Delegiertenkarten

Alle uns gemeldeten stimmberechtigten Delegierten erhalten mit diesen Unterlagen ihre Delegiertenkarte. Diese muss an der DV am Empfangsschalter gegen eine Stimmkarte eingetauscht werden. Wir machen darauf aufmerksam, dass verlorene bzw. zu Hause liegengelassene Delegiertenkarten an der Delegiertenversammlung nur in äussersten Fällen ersetzt werden können!

Wortmeldungen und Anträge

Die Wortmeldezettel liegen an der DV beim Podium bereit. Sie müssen gut lesbar und komplett ausgefüllt dem/der TagungssekretärIn vorne beim Podium eingereicht werden. Anträge sind ebenfalls schriftlich mit dem Wortmeldezettel zu stellen.

Simultanübersetzung

Die Verhandlungen werden simultan französisch/deutsch und deutsch/französisch übersetzt. Aus Kostengründen bitten wir, dass nur jene Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kopfhörer beziehen, die auf die Simultanübersetzung angewiesen sind. Die Kopfhörer müssen unbedingt nach der DV wieder beim Ausgang zurückgegeben werden.

Verpflegung während der Delegiertenversammlung

Während der ganzen Tagung ist ein Getränke- und Snackbuffet eingerichtet.

Zugsverbindungen

Die Zugverbindungen mit den wichtigsten Schnell- & Intercityzügen nach Luzern sind ersichtlich aus den Fahrplaninformationen unter www.sbb.ch/fahrplan und beim Rail Service 0900 300 300 (ChF 1.19/Min).

Tagungsort / Anreise mit dem öffentlichen Verkehr

Das Grand Casino Luzern erreicht man vom Bahnhof mit den Bussen Nr. 6 oder 8 in Richtung Verkehrshaus in 5 Minuten. Die Bushaltestelle heisst „Casino / Palace“. Zu Fuss gelangt man entlang dem See in 15 Minuten zum Veranstaltungsort.

Situationsplan



Traktandum 4: Managed Care: Unterstützung des Referendums?

Argumentation zur Unterstützung eines Referendums:

Ausgangslage

Bereits heute bestehen Pflegenetze, und sie funktionieren allgemein gut. Bei der Managed-Care-Vorlage geht es hauptsächlich darum, deren Entwicklung zu fördern und zu beschleunigen. Die SP anerkennt die Vorteile der integrierten Pflegenetze, deren Ziel es ist, die PatientInnen, insbesondere chronisch Kranke, zum Beitritt zu bewegen. Managed Care will die Pflege koordinieren und unnötige Konsultationen und Analysen vermeiden sowie die Qualität verbessern. Die SP hat dafür gekämpft, dass ein für alle Parteien akzeptabler Kompromiss gefunden werden kann. Ein akzeptabler Kompromiss heisst, dass dieser nicht Partikularinteressen befriedigen, sondern der gesamten Bevölkerung nützen soll. Die vom Parlament verabschiedete Vorlage ist nun aber nicht mehr ausgeglichen und bittet einmal mehr in erster Linie die PatientInnen zur Kasse.

Die Steuerung im Gesundheitswesen wird den Krankenkassen überlassen

Seit langem ist die SP der Meinung, dass das Finanzierungssystem der Gesundheitsdienste für alle Pflegearten, ob stationär oder ambulant, nach demselben Finanzierungsschlüssel erfolgen muss. Ausserdem soll die öffentliche Hand für Planung und Tarifierung im stationären und ambulanten Bereich verantwortlich zeichnen. Mit dem Managed Care sind es nun aber die Krankenkassen, die am stärkeren Hebel sind. Sie sind es, die mit den integrierten Pflegediensten Verträge abschliessen werden, und da sie vorläufig nicht verpflichtet sind, solche Netze anzubieten, können sie ihre Bedingungen umso leichter durchsetzen. Sie werden somit über einen erheblichen Spielraum verfügen. In diesem Rahmen haben die Kantone im ambulanten Bereich keinerlei Steuerungskompetenzen erhalten. Sie können die integrierten Pflegenetze weder nach qualitativen Kriterien akkreditieren, noch können sie darüber wachen, dass das Angebot vollständig ist. Das vorgesehene System ist völlig intransparent. Den Kantonen bleiben keine Kontrollmöglichkeiten. Tatsächlich werden die Krankenkassen den ambulanten Bereich der obligatorischen Krankenversicherung steuern.

Ständige Erhöhung der von den PatientInnen getragenen Kosten

Um die Leute zu veranlassen, einem integrierten Pflegenetz beizutreten, hat die SP immer auf Anreize statt Strafen gesetzt. Gemäss der Managed-Care-Vorlage werden die Versicherten, die keinem Managed-Care-Modell beitreten wollen, "bestraft" und künftig bis zu einem Gesamtbetrag von 1000.- (gegenüber 700.- heute) einen Selbstbehalt von 15% (gegenüber 10% heute) bezahlen müssen, und dies ohne Aussicht auf Mehrleistungen. Dies benachteiligt insbesondere chronisch Kranke, die sich bereits in einer schwächeren Position befinden. Hinzu kommt, dass die Maximalbeträge des Selbsthalts künftig an die Kostenentwicklung der Krankenversicherung angepasst werden, was rasch zu bedeutenden Erhöhungen führen

könnte. Man muss feststellen, dass, während die Krankenkassenprämien jedes Jahr steigen, die von den Versicherten zu tragenden Kosten ständig zunehmen. Zur Erinnerung: Die Neuordnung der Pflegefinanzierung, die neue Spitalfinanzierung, die Streichung von Leistungen des Grundkatalogs (Brillen etc.) sowie die Erhöhung des Beitrags an die Kosten des Spitalaufenthalts von 10.- auf 15.- belasten das Portemonnaie der Kranken immer stärker.

Wahlfreiheit nur für Begüterte

Wer diese Mehrkosten nicht tragen kann - übrigens ohne entsprechende Erweiterung oder Verbesserung der Leistungen - hat keine andere Wahl, als sich einem integrierten Pflegenetz anzuschliessen, sofern in seiner Region ein solches existiert. Diesbezüglich werden die Randregionen stark benachteiligt bleiben. Tatsächlich werden jene, die nicht über die nötigen Mittel verfügen, den Arzt nicht mehr frei wählen können. Dieses Vorrecht wird das Privileg der Begüterten bleiben. Chronisch Kranke werden vielleicht nicht einmal die Möglichkeit haben, das Pflegenetz frei zu wählen, falls ihr Vertrauensarzt, den sie sei Jahren aufsuchen, sich an keinem oder einem anderen Netzwerk beteiligt. Ausserdem wird ihre Wahlfreiheit durch den Abschluss von dreijährigen Verträgen eingeschränkt, die sie nur mit einer Ablösesumme vorzeitig kündigen können, deren Höhe von den Versicherungen festgelegt wird und die, was nicht überrascht, eher hoch angesetzt sein wird. Da die Ärztenetze zudem das Recht haben werden, mit Spitälern und Heimen Exklusivverträge abzuschliessen, könnten PatientInnen gezwungen werden, dort einzutreten, da die Netzwerke mit diesen Einrichtungen äusserst vorteilhafte Verträge abgeschlossen haben, dies trotz der Tatsache, dass die neue Spitalfinanzierung die freie Spitalwahl vorsieht.

Schlussfolgerung

Die Gleichung Managed Care = generelle Senkung der Krankenkassenprämien ist ganz einfach falsch. Im Gegenteil, es ist illusorisch zu glauben, dass diese Revision des KVG die Gesundheitskosten bei gleichbleibender Qualität senken wird. Denn die wirklichen Kostenfaktoren, die insbesondere von der Pharmaindustrie und der Bürokratie der Krankenkassen verursacht werden, bleiben unverändert. Die Vorlage, wie sie verabschiedet wurde, wird die Sparpolitik im Gesundheitsbereich verstärken und bildet einen weiteren Schritt hin zu einer Verkommerzialisierung des Gesundheitssystems. Schritte hin zu einem ungerechten System, das mehr auf Profit als auf das Patientenwohl ausgerichtet ist. Schritte hin zu einer Zweiklassenmedizin, einer Entwicklung, der sich die SP vehement widersetzt.

Argumentation keine Unterstützung des Referendums:

Vorteile von Managed Care überwiegen

Mit der Managed-Care-Vorlage hat das Parlament die Förderung integrierter Versorgungsnetze beschlossen. Damit wurde nach jahrelangem Ringen ein wichtiger Systemwechsel in der Gesundheitspolitik initiiert. Die verabschiedete Vorlage ist ein Kompromiss. Die SP hat wichtige Teilerfolge erzielt, einige unserer Vorschläge wurden aber auch abgelehnt. Dennoch: In der Schlussbilanz überwiegen die Vorteile von Managed Care für unser Gesundheitswesen.

Hausärztinnen und -ärzte als Gatekeeper

Entscheidend ist, dass ein Paradigmen-Wechsel stattfindet: Die medizinische Versorgung soll während der ganzen Behandlungs- und Genesungsdauer von einer Hand gesteuert werden. Die Rolle des sogenannten Gatekeepers ist zentral. Diese Funktion wird durch die Hausärztin in einem Versorgungsnetzwerk oder durch den Arzt einer Gemeinschaftspraxis wahrgenommen. Zusammen mit der Patientin oder dem Patienten wird die Behandlungsqualität überprüft, garantiert und verbessert. Diverse Studien haben gezeigt, dass dadurch qualitative und auch wirtschaftliche Verbesserungen erzielt werden. Davon profitieren die Patientinnen und Patienten.

Kostensenkung für Patientinnen

Wer sich in einem Netzwerk behandeln lässt und so zur Kostensenkung im Gesundheitssystem beiträgt, soll mit einem differenzierten Selbstbehalt finanziell belohnt werden. So bezahlen Managed-Care-Versicherte wie bis anhin einen Selbstbehalt von 10 Prozent, jedoch maximal 500 Franken pro Jahr (heute 700 Franken), alle anderen Versicherten zahlen 15 Prozent, maximal 1000 Franken pro Jahr. Die SP hat sich im Vorfeld für eine stärkere Belohnung der Managed-Care-Versicherten eingesetzt, hier ist das Ziel noch nicht erreicht. Zu gross war auch der Widerstand gegen unsere Forderung, dass die Versicherungen Versorgungsnetze anbieten müssen. Wegen der fehlenden Angebotspflicht wurde jedoch eine Übergangsklausel ins Gesetz genommen. Sie gibt dem Bundesrat die Kompetenz, weitere Massnahmen zur Förderung der integrierten Versorgung zu ergreifen und in Kantonen ohne Netzwerkangebot weiterhin einen Selbstbehalt von 10 Prozent festzulegen.

Risikoausgleich unter Berücksichtigung des Gesundheitszustandes

Mit dem deutlich verbesserten Risikoausgleich – einem zentralen Element in der Vorlage – konnte die SP eine entscheidende Forderung durchbringen. Bis jetzt war der Risikoausgleich absolut ungenügend, da er nur Alter und Geschlecht berücksichtigte. Neu wird auch der Gesundheitszustand berücksichtigt. Damit soll verhindert werden, dass Krankenkassen Jagd auf junge und gesunde Versicherte machen.

Wir sind überzeugt, dass sich die Kosten im Gesundheitswesen nur über die Qualität wirksam steuern lassen. Die Qualität der hausärztlichen Versorgung wird durch Managed Care gestärkt. Insgesamt bringt die Managed-Care-Vorlage wichtige Verbesserungen im Gesundheitswesen. Die Vorteile überwiegen und sollten nicht preisgegeben werden.

Antrag der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung hat beschlossen, die Unterstützung des Referendums kontradiktorisch zu behandeln und fasst ihren Antrag an der Sitzung vom 18. November 2011.

Traktandum 5: Keine neuen Kampfjets ohne Mitspracherecht!

Für einen Volksentscheid gegen Kampfjet-Milliarden – für mehr Bildung und Zukunftschancen

Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz (DV) bekräftigt die an der Bieler DV vom 1. Oktober 2011 verabschiedete Resolution über unser entschiedenes Nein zu Kampfjet-Milliarden – und dies erst noch am Volk vorbei!

Die DV hält daran fest: Die SP sorgt dafür, dass die Kampfjet-Milliarden nicht am Volk vorbeigeschmuggelt werden. Die von der bürgerlichen Mehrheit im Parlament angestrebte beschleunigte Beschaffung neuer Kampfjets und die dafür erforderliche massive Aufstockung der Militärausgaben bedeutet unannehmbare Sparmassnahmen in Bildung, Verkehr, Landwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Sozialpolitik. Da gibt es nur eins: Wir sagen nein!

Die DV ermächtigt die Geschäftsleitung (GL), die eingeleiteten Gespräche und Verhandlungen mit Parteien und mit den von drohenden Sparmassnahmen betroffenen Kreisen fortzusetzen und im Rahmen einer breiten Koalition das Referendum zu ergreifen oder – falls nötig – die gemeinsame Lancierung einer Initiative zu unterstützen:

1. Wir ergreifen das **Referendum**, falls das Parlament zur Finanzierung neuer Kampfjets und einer überbeuerten Armee eine gesetzliche Grundlage für ein Sparprogramm und / oder einen mehrjährigen, entsprechend überhöhten Armeeplafonds vorlegt.
2. Wir lancieren eine **Volksinitiative**, falls sich abzeichnet, dass wir mit einem Referendum zu spät wären und so die Milliarden-Beschaffung neuer Kampfjets nicht verhindern könnten.

Die Volksinitiative hat folgende Stossrichtung (der genaue Wortlaut muss noch mit den Koalitionspartnern abgestimmt werden):

„Volksinitiative gegen neue Kampfflugzeuge (Moratorium)“

Die Volksinitiative «Gegen neue Kampfflugzeuge (Moratorium)» hat folgenden Wortlaut:

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 9 (neu)

Übergangsbestimmung zu Art. 60 (Organisation, Ausbildung und Ausrüstung der Armee)

¹ Der Bund beschafft bis zum 31. Dezember 2025 keine neuen Kampfflugzeuge.

² Als neu gelten Kampfflugzeuge, deren Beschaffung zwischen dem 1. Januar 2012 und dem 31. Dezember 2025 erfolgt.“

Antrag der Geschäftsleitung: Annahme des Kurz-Positionspapiers

Traktandum 6: Regierungsbeteiligung

Eine Resolution der Geschäftsleitung zum Thema ‚Regierungsbeteiligung‘ folgt als Tischvorlage an der Delegiertenversammlung in Luzern am 3. Dezember 2011 und wird am Dienstag , 29. November ab 17.00 Uhr im Internet veröffentlicht (www.spschweiz.ch/Partei/Delegiertenversammlung).

Traktandum 7: Ersatzwahl Präsidium (Vizepräsidium)

Ausschreibung: Vize-Präsidentin / Vize-Präsident der SP Schweiz

Im Hinblick auf die Delegiertenversammlung am 3. Dezember 2011 hat Cédric Wermuth (Nationalrat AG) seinen Rücktritt aus dem Parteipräsidium bekannt gegeben. Da die Gesamterneuerungswahlen des Präsidiums erst am ordentlichen Parteitag 2012 stattfinden, empfiehlt die Geschäftsleitung den Delegierten die Wahl einer Vize-Präsidentin /eines Vize-Präsidenten ad Interim.

Das Amt steht allen interessierten Parteimitgliedern offen.

Wir freuen uns auf deine Bewerbung mit Lebenslauf, Foto und Motivationsschreiben zuhanden der Delegiertenversammlung. Bitte einsenden an:
SP Schweiz, Miriam Dürr, Spitalgasse 34, Postfach 7876, 3001 Bern,
Email: miriam.duerr@spschweiz.ch, Telefon: 031 329 69 79.

Die Bewerbungsfrist läuft bis am 22. November 2011.

Traktandum 8: Parolenfassungen eidg. Abstimmung vom 11. 3. 2012

Zum Zeitpunkt des Versandes waren erst folgende beiden Abstimmungsvorlagen bekannt. Es besteht die Möglichkeit, dass noch weitere Vorlagen hinzukommen. In einem solchen Fall werden die Unterlagen dazu so schnell wie möglich auf der Webseite der DV (www.spschweiz.ch/Partei/Delegiertenversammlung) veröffentlicht.

I. Parolenfassung eidg. Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“

Ausgangslage

Das Verhältnis zwischen Arbeitsbelastung und Erholung ist für die Arbeitnehmenden in den letzten 25 Jahren aus dem Gleichgewicht geraten. Heute wird von den Arbeitnehmenden höchste Flexibilität und Anpassungsbereitschaft verlangt. Die Arbeitsprozesse wurden verdichtet und der Arbeitsrhythmus ständig erhöht. Dazu kommen laufende Umstrukturierungen und ein stetig steigender Termindruck. Die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft sind dank dem Engagement der Arbeitnehmenden massiv gestiegen. In der Folge sind die Unternehmensgewinne in den letzten 25 Jahren förmlich explodiert. Für die Arbeitnehmenden hingegen war dieser Strukturwandel vor allem mit einer starken Zunahme von Arbeitsbelastung und Stress verbunden. Daraus ergeben sich unmittelbare Auswirkungen auf die Gesundheit, die Lebensqualität und die langfristige Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmenden. Die hohe Belastung am Arbeitsplatz führt zu Stress, Beschwerden wie Kopf- und Rückenschmerzen, Verdauungsstörungen, Schlaflosigkeit, Herz- und Kreislaufstörungen. Arbeit macht also immer häufiger krank. In der Studie „Arbeit und Gesundheit“ aus dem Jahr 2007 werden die Kosten der zu hohen Arbeitsbelastung der Arbeitnehmenden vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) auf zehn Milliarden Franken pro Jahr geschätzt.

Inhalt der Initiative

Seit langer Zeit ist bekannt, dass erst längere Arbeitsunterbrüche von zwei bis drei Wochen eine vollständige Regeneration ermöglichen. Der heutige gesetzliche Ferienanspruch von vier Wochen ist deshalb ungenügend. Damit die Arbeitnehmenden mindestens zwei Mal im Jahr die Dauerbelastung am Arbeitsplatz unterbrechen und sich vollständig regenerieren können, sind mehr Ferien nötig. Deshalb lancierte Travail.Suisse zusammen mit weiteren ArbeitnehmerInnenverbänden eine Eidg. Volksinitiative, die für alle Arbeitnehmenden einen Anspruch von jährlich mindestens sechs Wochen bezahlte Ferien in die Verfassung aufnehmen will. Die Erhöhung des Ferienanspruchs verursacht volkswirtschaftliche Kosten von ca. zwei Prozent der Lohnsumme. Diese zwei Prozent haben sich die Arbeitnehmenden aber bereits seit langem durch höhere Arbeitsleistungen verdient. Allein zwischen 1992 und 2007 ist die Arbeitsproduktivität der Arbeitnehmenden in der

Schweiz um 21.5 Prozent gestiegen, die Reallöhne haben jedoch nur um 4.3 Prozent zugenommen.

Konklusion

Sechs Wochen Ferien sind also eine wirksame, gezielte und moderne Antwort auf die hohen Belastungen in der Arbeitswelt. Eine Erhöhung des Ferienanspruchs auf sechs Wochen für alle Arbeitnehmenden ist also längst verdient und nur eine gerechte und tragbare Beteiligung der Arbeitnehmenden an der Erhöhung ihrer Arbeitsleistung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Unterstützung der Initiative „6 Wochen Ferien für alle“.

II. Eidgenössische Volksinitiative 'Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!'

Ausgangslage

Der Ständerat hat die Initiative in der Schlussabstimmung im Juni 2011 mit 29 zu 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Der Nationalrat hat die Initiative mit 123 zu 61 Stimmen abgelehnt. Die SP hat für Annahme gestimmt.

Informationen zur Initiative

Die Initiative wurde vom Komitee Helvetia Nostra eingereicht. Die Umweltschutzorganisation ist ein Tochterverein der Fondation Franz Weber. Helvetia Nostra ist Mitglied des Vereins „Ja zur Landschaftsinitiative“.

Die Initiative verlangt folgende Änderung der Bundesverfassung:

Art. 75a (neu) Zweitwohnungen

¹ Der Anteil von Zweitwohnungen am Gesamtbestand der Wohneinheiten und der für Wohnzwecke genutzten Bruttogeschossfläche einer Gemeinde ist auf höchstens zwanzig Prozent beschränkt.

² Das Gesetz verpflichtet die Gemeinden, ihren Erstwohnungsanteilsplan und den detaillierten Stand seines Vollzugs alljährlich zu veröffentlichen.

Die Übergangsbestimmungen werden wie folgt geändert:

¹ Tritt die entsprechende Gesetzgebung nach Annahme von Artikel 75a nicht innerhalb von zwei Jahren in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen über Erstellung, Verkauf und Registrierung im Grundbuch durch Verordnung.

² Baubewilligungen für Zweitwohnungen, die zwischen dem 1. Januar des auf die Annahme von Artikel 75a folgenden Jahres und dem Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen erteilt werden, sind nichtig.

„Lex Koller“ als indirekter Gegenvorschlag zur Franz Weber-Initiative

- Die Vorlage „Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland“ (Lex Koller) wurde der Initiative als indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt. Dieser wurde im Dezember 2010 in der Schlussabstimmung im Nationalrat mit 136 zu 59 Stimmen angenommen. Im Ständerat wurde die Vorlage in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.
- Das Raumplanungsgesetz wurde mit dieser Anpassung so geändert, dass künftig Gebiete bezeichnet werden müssen, in denen besondere Massnahmen ergriffen werden, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erst- und Zweitwohnungen sicherzustellen. Damit wird eine Beschränkung neuer Zweitwohnungen, die Förderung von Hotellerie und preisgünstigen Erstwohnungen und eine bessere Auslastung der Zweitwohnungen bezweckt.

- Die Übergangsbestimmungen halten fest, dass die Kantone ihre Richtpläne innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten dieser Änderung an deren Anforderungen anpassen und dafür sorgen, dass die betroffenen Gemeinden Massnahmen treffen, insbesondere die Festlegung von jährlichen Kontingenten und Erstwohnanteilen, die Ausscheidung spezieller Nutzungszonen oder die Erhebung von Lenkungsabgaben.
- Obwohl diese bereits in Kraft getretene Anpassung des Raumplanungsgesetzes Verbesserungen gegenüber der heutigen Regelung mit sich bringt, erachtete die SP-Fraktion die Anpassungen als zu wenig griffig. Quantitative Vorgaben fehlen. Forderungen wie zwingende Kontingente, Bauetappierung oder Begrenzungen wurden abgelehnt. Die SP hat deshalb nicht nur den indirekten Gegenvorschlag, sondern auch die Franz Weber-Initiative in der Schlussabstimmung angenommen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ja-Parole für die Initiative

Traktandum 10: Budget 2012

	Rechnung 2010	Budget 2011 (ohne Wahlen)	Budget 2012
Total Ertrag	4'517'999	4'259'600	4'604'000
Mitgliederbeiträge	1'983'912	1'968'500	1'962'000 ¹⁾
Mitgliederbeiträge	1'722'414	1'698'500	1'692'000
Solidaritätsbeiträge	261'498	270'000	270'000
Finanzbeschaffung	1'828'621	1'564'000	1'727'000 ²⁾
Mitgliederspenden	425'440	400'000	400'000
Spenden Gönnerinnen und Gönner, übrige	1'403'181	1'164'000	1'327'000
Verkaufserlös	133'675	148'500	131'000 ³⁾
übr. Ertrag	492'020	446'600	458'200 ⁴⁾
Auflösung Rückstellungen	79'771	132'000	325'800 ⁵⁾
Total Aufwand	4'504'861	4'252'550	4'598'585
Produktionsaufwand	316'981	317'000	307'000 ⁶⁾
Produktion Medien	250'074	250'000	225'000
Produktion Mailing (u.a. SP Frauen)	23'531	12'000	32'000
Produktion Neue Fundraisingprojekte	43'377	55'000	50'000
Personal- und Sozialversicherungsaufw.	2'288'905	2'248'754	2'387'225 ⁷⁾
Übriger Personalaufwand	123'549	140'792	133'760 ⁸⁾
Raumaufwand	221'711	249'800	256'500 ⁹⁾
Unterhalt, Rep., Leasing	31'198	13'000	61'100 ¹⁰⁾
Sachversicherungen, Abgaben	2'950	3'000	4'500
Verwaltungsaufwand	359'153	343'000	435'500 ¹¹⁾
Informatikaufwand	113'579	136'000	84'500 ¹²⁾
Werbeaufwand	793'638	461'000	148'000 ¹³⁾
Übriger Parteiaufwand	124'296	121'500	453'700 ¹⁴⁾
Bildung Rückstellungen	80'000	189'000	184'000 ¹⁵⁾
Abschreibungen	61'287	88'000	144'800 ¹⁶⁾
Erfolg aus Finanzanlagen	3'960	2'000	-2'000
Ausserordentlicher Erfolg	8'425	-	-
Ergebnis	13'138	7'050	5'415

Budget 2012 – Kostenstellen

		Rechnung 2010	Budget 2011 (ohne Wahlen)	Budget 2012	
	Partei	1'046'961	860'694	918'571	17)
A100	Beiträge	1'978'018	1'976'000	1'946'000	
A101	Spenden	469'256	400'000	400'000	
A102	Sachaufwand Partei	-120'565	-77'500	-96'000	
A103	Personal- u. Anteil GK	-1'051'197	-1'168'764	-1'074'534	
A104	Parteitag	-66'420	-60'000	-55'000	
A105	DV	-43'133	-45'000	-50'000	
A106	Politische Einzelaktionen	-12'405	-30'000	-15'000	
A107	Reformprojekte	-13'258	-30'000	-30'000	
A108	Parteiprogramm	1'995	-	-	
A109	Kunstaussstellungen	-2'492	-4'500	-	
A110	Spesen GL	-4'362	-5'000	-5'000	
A111	Spesen Kommissionen	-1'957	-3'000	-10'200	
A112	Entschädigung Präsidium inkl. Spesen	-71'398	-71'382	-71'535	
A113	Spesen Vizepräsidium	-15'120	-20'160	-20'160	
	Bildung	-78'125	-106'018	-107'556	18)
B100	Personal- u. Anteil GK	-34'171	-45'018	-35'556	
B101	KoKo	-15'332	-15'000	-15'000	
B102	Seki-Treffen	-	-5'000	-	
B103	Bildungsanlässe	-10'416	-10'000	-40'000	
B104	Projekt Nr. 1 - Junge Perspektiven	-9'024	-17'000	-17'000	
B105	Projekt Nr. 2 - Wahlen	-9'182	-14'000	-	
	60+	-	-	-20'000	19)
G101	Sachaufwand Generationen	-	-	-20'000	
	Juso	-154'683	-142'894	-145'579	20)
J100	Personal- u. Anteil GK	-154'683	-142'894	-145'579	

		Rechnung 2010	Budget 2011 (ohne Wahlen)	Budget 2012
	SP Frauen	-151'359	-181'042	-148'526 ²¹⁾
M100	Personal- u. Anteil GK	-79'532	-84'642	-83'381
M101	Mailing SP Frauen	-20'690	-8'500	-5'000
M102	Sachaufwand SP Frauen	-5'449	-6'400	-6'400
M103	Spesen Frauen Präsidium	-15'246	-15'000	-15'246
M104	Frauenkonferenz	-7'561	-	-10'000
M105	Frauenkoordination	-7'691	-20'000	-10'000
M106	Kampagnen	-15'008	-45'500	-16'500
M107	Delegationen/wiss. Arbeiten	-183	-1'000	-2'000
	Publikationen	-327'062	-314'750	-383'120 ²²⁾
P100	links	-174'610	-161'521	-214'649
P101	socialistes.ch	-124'344	-125'709	-138'471
P107	PS Svizzera	-28'108	-27'520	-30'000
	Kampagnen und Kommunikation	-1'309'213	-860'189	-1'100'075 ²³⁾
K100	Personal- u. Anteil GK	-371'405	-377'189	-477'075
K102	Kampagnen	-687'603	-352'000	-295'000
K160ff	Initiativen	-177'443	-68'000	-113'000
K150ff	Referenden	-47'873	-63'000	-215'000
K110	Ergebnis Wahlen 2011	-24'889	-	-
	Fundraising	986'550	751'250	991'701 ²⁴⁾
F100	Personal- u. Anteil GK	-222'952	-276'758	-207'958
F102	Ertrag aus Sammelaktionen	1'324'709	1'144'000	1'314'000
F103	Neue Fundraisingprojekte	-115'206	-115'991	-114'342
	Ergebnis	13'138	7'050	5'415

Finanz- und Investitionsplan 2012 - 2015

Finanzplan

	Budget 2012	2013	2014	2015
Total Ertrag	4'604'000	4'541'500	4'579'500	5'177'500
Mitgliederbeiträge	1'962'000	1'960'500	1'960'500	1'960'500
Mitgliederbeiträge	1'692'000	1'690'500	1'690'500	1'690'500
Solidaritätsbeiträge	70'000	270'000	270'000	270'000
Finanzbeschaffung	1'727'000	2'005'000	2'048'000	2'339'000
Mitgliederspenden	400'000	400'000	400'000	400'000
Spenden Gönnerinnen & Gönner, übrige	1'327'000	1'605'000	1'648'000	1'939'000
Verkaufserlös	131'000	131'000	131'000	131'000
übr. Ertrag	58'200	445'000	40'000	437'000
Auflösung Rückstellungen	325'800	-	-	310'000
Total Aufwand	4'598'585	4'556'200	4'600'700	5'197'200
Produktionsaufwand	307'000	312'000	312'000	312'000
Produktion Medien	225'000	230'000	230'000	230'000
Produktion Mailing (Mitglieder)	32'000	32'000	32'000	32'000
Produktion Neue Fundraisingprojekte	50'000	50'000	50'000	50'000
Personal- und Sozialversicherungsaufwand	2'387'226	2'422'500	2'490'800	2'773'900
übriger Personalaufwand	133'760	132'500	133'500	132'500
Raumaufwand	256'500	254'500	255'500	254'500
Unterhalt, Rep., Leasing	61'100	58'500	59'500	58'500
Sachversicherungen, Abgaben	4'500	4'500	4'500	4'500
Verwaltungsaufwand	435'500	446'000	447'000	446'000
Informatikaufwand	84'500	90'000	90'000	90'000
Werbeaufwand	148'000	164'000	164'000	849'000
Übriger Parteiaufwand	453'700	371'500	373'500	166'500
Bildung Rückstellungen	184'000	145'000	145'000	-
Abschreibungen	144'800	157'200	127'400	111'800
Erfolg aus Finanzanlagen	-2'000	-2'000	-2'000	-2'000
Ergebnis	5'415	-14'700	-21'200	-19'700

Investitionsplan

	Budget 2012	2013	2014	2015
Total Investitionen	277'500	162'000	92'000	92'000
Büromobiliar/-geräte	20'000	20'000	20'000	20'000
Büromobiliar	15'000	15'000	15'000	15'000
Büromaschinen	5'000	5'000	5'000	5'000
Einrichtung Spitalgasse	100'000	10'000	10'000	10'000
Erneuerungen	100'000	10'000	10'000	10'000
IT	22'500	52'000	42'000	42'000
Ersatz von PC, Laptop, Bildschirme	13'000	20'000	20'000	20'000
Server	9'500	20'000	20'000	20'000
Drucker	-	10'000	-	-
Netzwerk	-	2'000	2'000	2'000
Admo	100'000	80'000	20'000	20'000
OM - Upgrade Version/Ausbau	100'000	80'000	20'000	20'000
Internet	35'000	-	-	-
Mobile-App, sp-mitmachen.ch	35'000	-	-	-

Kommentar zum Budget 2012

Nachdem die Partei 2008 auf Vorschlag der Parteileitung sieben organisatorische Erneuerungsprojekte umgesetzt hat, soll in einem weiteren Schritt verschiedene neue Projekte aufgelegt werden. Dabei ist insbesondere eine Stärkung der Bildungsarbeit, eine Stärkung der Zusammenarbeit mit Kantonalparteien und Sektionen, eine verbesserte Zusammenarbeit mit MigrantInnen, eine Stärkung der Mobilisierung und eine Stärkung der Generationen (Juso und SP 60+) vorgesehen. Dort wo diese neuen Projekte finanzielle Auswirkungen haben, wird in den Erläuterungen darauf hingewiesen.

1. Mitgliederbeiträge

Bei den Mitgliederbeiträgen wird von rund 31'100 Mitgliedern ausgegangen. Dies ist etwas weniger als der Bestand 2011. Damit wird bewusst vorsichtig budgetiert, auch wenn aktuell die Mitgliederzahlen eher nach oben zu gehen scheinen.

Die Mitgliederbeiträge werden durch die Kantonalparteien zuverlässig in den vorgegebenen Zahlungsfristen überwiesen. Die Skonto-Gutschriften an die Kantonalparteien steigen aufgrund dieser positiven Entwicklung.

2. Finanzbeschaffung

Die Mitgliederspenden werden seit 2010 wie die freien Spenden (Gönnerinnen und Gönner) netto verbucht. In „normalen“ Jahren ist die Spendenbereitschaft erfahrungsgemäss weniger gross, weshalb nach dem Wahljahr 2011 die Spendeneinnahmen tiefer und damit sehr vorsichtig budgetiert werden.

Die übrigen Spenden (Spendeneinnahmen aus Versänden an Empfängerinnen und Empfänger der SP Frauen und der Publikationen links und socialistes.ch) werden aufgrund der voraussichtlichen Eingänge im 2011 eingesetzt.

3. Verkaufserlös

Die Erlöse aus dem Verkauf von Inseraten/Beilagen/Publikationen sinken, da insbesondere die Inserateverkäufe im links aufgrund der laufenden Erfahrungen im Jahr 2011 tiefer eingesetzt sind. Die Zusammenarbeit mit einem anderen Medienmakler soll in Zukunft wieder bessere Ergebnisse bringen.

4. Übriger Ertrag

Die Position beinhaltet Unterstützungsbeiträge von Standortgemeinden und -kantonen an Apéros sowie die Beiträge der Teilnehmer an das Bankett anlässlich des Parteitags. Die Abgeltung der Fraktion für Gemeinkosten sowie die Leistungen des Generalsekretärs, Medienverantwortlichen, der politischen Sekretärin für Gleichstellung und der Finanzverantwortlichen für die Fraktion bleibt praktisch unverändert.

5. Auflösung Rückstellungen

Bestehende Rückstellungen für die Mitgliederverwaltung, Sanierung der Büroräumlichkeiten und IT werden aufgelöst, da in diesen Bereichen Investitionen

geplant sind. Im Weiteren werden rund 280'000 Franken Rückstellungen für neue Fundraisingprojekte zur Finanzierung einer neu geschaffenen Stelle im Fundraising aufgelöst. Siehe dazu auch die Bemerkungen unter Personalaufwand und der Kostenstelle Fundraising.

6. Produktionsaufwand

Die Produktionskosten für Medien beinhalten entgegen dem Budget 2011 ausschliesslich die Druckkosten sowie Nutzungsrechte für Bildmaterial. Honorare für das Layout sowie die Inserateakquisition sind neu unter Honorare Dritter ausgewiesen.

7. Personalaufwand und Sozialversicherungsaufwand

Gegenüber dem Budget 2011 (ohne Wahlen) erhöhen sich die Stellenprozente um 60% auf rund 20 Stellen. Die Löhne erhöhen sich dadurch um rund 87'000 Franken. In der Abteilung Kampagnen und Kommunikation sind insgesamt 50 zusätzliche Stellenprozente aufgrund der neuen Projekte (insbesondere Teilzeitstelle für die Stärkung der Bildungsarbeit) geplant. In der Abteilung Fundraising werden für die Stärkung des Fundraisings 20% mehr vorgesehen als bisher. Durch die Neuorganisation der Abteilung Politik und dem Einsetzen einer Abteilungsleitung erhöhen sich dort die Stellenprozent um rund 10%. Diese Erhöhungen werden teilweise kompensiert durch Pensenreduktionen in der Abteilung Administration.

In der Personalverrechnung sind vorwiegend die Fraktionslöhne enthalten.

Gegenüber dem Vorjahr steigen die Honorare Dritter an. Dies ist u.a. dadurch bedingt, dass Aufwendungen mit Honorarcharakter nun generell unter dieser Position verbucht werden. In beiden Positionen sind zudem Aufwendungen für die geplanten Projekte vorgesehen, so etwa für Bildungsveranstaltungen oder eine verbesserte Zusammenarbeit mit MigrantInnen.

Der Sozialversicherungsaufwand steigt um rund 30'000 Franken. Seit 1.1.2011, mit dem neuen Vertrag bei Allianz Suisse Lebensversicherungs-Gesellschaft AG, ist für unterstützungspflichtige Mitarbeitende ein zusätzliches Todesfallkapital in der Pensionskasse versichert. Neben der Erhöhung der Stellenprozente begründet insbesondere diese Anpassung die Erhöhung des Sozialversicherungsaufwands.

8. Übriger Personalaufwand

Die Spesenentschädigungen wurden aufgrund der Erfahrungswerte um rund 10'000 Franken tiefer eingesetzt. Die übrigen Positionen sind praktisch unverändert gegenüber dem Vorjahr.

9. Raumaufwand

Gegenüber dem Vorjahr sind die Kosten um rund 7'000 Franken höher. Dies vor allem durch höhere Aufwendungen für die Miete auswärtiger Räumlichkeiten (ua. DV- und Parteitagssäle). Diese Position beinhaltet auch Aufwendungen für Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Stärkung der Bildungsarbeit.

10. Unterhalt, Reparaturen, Leasing

Diese Position beinhaltet neu u.a. die Miete für die Technik verschiedener Anlässe (Delegiertenversammlungen, Parteitag sowie Bildungs- und weitere Veranstaltungen).

11. Verwaltungsaufwand

Der gesamte Verwaltungsaufwand steigt um rund 90'000 Franken. Die grösste Zunahme verzeichnen die Drucksachen, wo Ausgaben etwa im Zusammenhang mit der Stärkung der Bildungsarbeit sowie des Fundraisings anfallen. Die Aufwendungen für Telefon fallen tiefer aus, da die SP Schweiz von Sonderkonditionen profitieren kann.

12. Informatikaufwand

Der Informatikaufwand sinkt um rund 50'000 auf rund 80'000 Franken. Gezieltes Outsourcen und die teilweise Umstellung auf Opensource-Lösungen bringen diese Einsparungen.

13. Werbeaufwand

Die freien Spenden finanzieren zuerst die internen Lohn- und Gemeinkosten des Fundraising (Fundraising-Gestehungskosten) und die Lohn- und Gemeinkosten der Kampagnenabteilung. Was davon übrig bleibt, wird für die eigentliche Kampagnenarbeit verwendet. Im Werbeaufwand sind insbesondere die voraussichtlichen Kosten für Inserate- und Plakatekampagnen für Abstimmungen, Referenden und Initiativen enthalten. Der Werbeaufwand sinkt im Vergleich zu den Vorjahren insbesondere, weil neu die Kampagnenunterstützung für die Kantonalparteien unter dem übrigen Parteiaufwand aufgelistet werden.

14. Übriger Parteiaufwand

Die Beiträge an die Kantonalparteien aus dem Fundraising werden neu unter den Beiträgen an Organisationen geführt. Diese Position steigt vor allem deshalb und aufgrund von Beiträgen an die Trägervereine der Volksinitiativen für eine öffentliche Krankenkasse und die Erbschaftssteuer. Ebenfalls höher fallen die Kosten im Übrigen Veranstaltungsaufwand aus. Darin enthalten sind die Auslagen für die Verpflegung anlässlich diverser Veranstaltungen, u.a. Delegiertenversammlungen, Parteitag, Koordinationskonferenzen und Bildungsveranstaltungen.

15. Bildung Rückstellungen

Für neue Fundraisingprojekte werden 114'000, für die Wahlen 2015 70'000 Franken zurückgestellt.

16. Abschreibungen

Aufgrund der geplanten Investitionen im Bereich Einrichtung Spitalgasse sowie Mitglieder- und Adressdatenbank (OM) fallen die Abschreibungen im 2012 und in den Folgejahren höher aus.

Kostenstellen

Die Kosten für Zentrale Dienste, d.h. Personalkosten Administration, Miete Büroräumlichkeiten, Unterhalt/Reparaturen/Ersatz Büromaterial und -mobiliar, Sachversicherungen und allgemeine Verwaltungskosten wie Büromaterial, Fotokopien, Telefon, Porti sowie die Informatikaufwendungen und Abschreibungen fallen im 2012 um insgesamt rund 120'000 Franken tiefer aus als im Vorjahresbudget. Die Kosten werden im Verhältnis der Lohnkosten auf die Hauptkostenstellen umgelegt. Wo keine Pensenerhöhungen vorgesehen sind, fallen dadurch die Aufwendungen in den Kostenstellen Personal- und Anteil Gemeinkosten tiefer aus als im Vorjahr.

17. Partei

Die Beiträge fallen tiefer aus, da hier neben den Mitgliederbeiträgen neu auch die Rückvergütungen an die Kantone (Skonti, Sprachanteile) ausgewiesen werden.

Sachaufwand Partei und Spesen Kommission sind höher als bisher, da in dieser Position zusätzliche Aufwendungen für die Stärkung der Fachkommissionen anfallen.

Im 2012 ist ein ordentlicher Parteitag sowie zwei Delegiertenversammlungen vorgesehen.

18. Bildung

Das Bildungsbudget steigt im Vergleich zur Rechnung 2010 deutlich an. Für Bildungsanlässe im Rahmen der Reformprojekte wurden 40'000 Franken vorgesehen.

19. 60+

Mit der Stärkung der SP 60+ soll eine Stärkung der Generationen erfolgen. 20'000 Franken sind für die Bildung einer nationalen Struktur für Leute über 60 vorgesehen.

20. JUSO

Die SP Schweiz trägt die Personalkosten und die anteiligen Gemeinkosten für die Generalsekretärin der Juso sowie den Bruttolohn des Juso-Präsidenten. Zudem werden die Juso mit 25'000 Franken unterstützt. Dies sind im Rahmen der Stärkung der Generationen nochmals 5 000 Franken mehr als im Vorjahr.

21. SP Frauen

Das Budget ist etwa gleich hoch wie das Budget 2010. Es ist damit etwa gleich hoch wie jenes für die Juso. Die Frauenkonferenz findet nur alle zwei Jahre statt. Das Budget für Kampagnen ist nach dem Wahl- und Jubiläumsjahr 2011 wieder auf dem Niveau von 2010.

22. Publikationen

Insbesondere aufgrund tiefer eingesetzter Inserateverkäufe sind die Nettoaufwendungen für Publikationen höher als im Vorjahr. Die Zusammenarbeit mit einem anderen Medienmakler soll in Zukunft wieder bessere Ergebnisse bringen.

23. Kampagnen und Kommunikation

In der Abteilung Kampagnen und Kommunikation sind insgesamt 50 zusätzliche Stellenprozent geplant, 30 davon für die Umsetzung der eingangs erwähnten Reformvorschläge im Bereich Stärkung der Zusammenarbeit mit den Kantonalparteien, Stärkung der Sektionen und Verbesserung der Mobilisierung. Die Kostenstellen der Abteilung Kampagnen und Kommunikation beinhalten Abstimmungskampagnen, Initiativen sowie Referenden.

24. Fundraising

Die seit April 2010 vorgesehene zusätzliche Stelle zur Betreuung der Mitglieder der Gruppe 2011/2015 von 20% sowie jene zur Weiterentwicklung des Fundraising von zusätzlich 40% sollen per 2012 besetzt werden. Im 2012 werden diese beiden Stellen über die bestehenden Rückstellungen für neue Fundraisingprojekte finanziert. Ab 2013 müssen diese Mehrkosten über die zu erwartenden höheren Spendeneinnahmen gedeckt sein. Im 2012 wurden die Spendeneinnahmen noch auf dem Niveau von Erfahrungswerten von Nicht-Wahljahren budgetiert. Mit der Neukonzeption des Fundraising sollen diese in den Folgejahren kontinuierlich gesteigert werden.

Finanz- und Investitionsplan 2012 – 2015

Die Kosten steigen aufgrund der allgemeinen Teuerung, der Realloohnerhöhung des Personals und den teilweise höheren Abschreibungen. Zudem sind für die nächsten nationalen Wahlen im 2013 und 2014 120'000 Franken Rückstellungen geplant. Bei den Mitgliederbeiträgen wird von einer Stabilisierung auf dem heutigen Niveau ausgegangen. Aufgrund der Neukonzeption des Fundraising und dessen Weiterentwicklung sind ab 2013 höhere Spendeneinnahmen eingesetzt.

In der Investitionsrechnung stehen im Jahr 2012 grössere Ausgaben für die Erneuerungen der Räumlichkeiten des Zentralsekretariats und für die Mitglieder- und Adressdatenbank an. Im Weiteren sind Investitionen zur Weiterentwicklung der Plattform sp-mitmachen.ch vorgesehen. In den Folgejahren sind neben den üblichen Erneuerungsinvestitionen im 2013 nochmals Investitionen in der Mitgliederverwaltung geplant.

Notizen